

Wiesbadener Tagblatt

Druck und Verlag:
L. Schellberg'sche Buchdruckerei, "Tagblatt-Druck".
Hauptstraße 10, 64281, Wiesbaden. Telefon: 1111.
Verlagspreis: 10 Pf. pro Woche. Einzelhefte 2 Pf. 50.

Wöchentlich
mit einer täglichen



6 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Mittwoch nachmittags.
Erscheinungszeit: 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonn- u. Feiertagen.
Vertrieb: Berlin: Wilmersdorf.

Bezugspreis: Für eine Bezugzeit von 2 Wochen 94 Pf. für einen Monat 188 Pf. 2 — ein-
zelne Hefen 2 Pf. 50. Durch die Post bezogen 20 Pf. 50. Zusätzl. 42 Pf. 50. Einzelhefte, Einzel-
nummern 10 Pf. 50. Bezugsbedingungen: Der Verlag, die Ausgabezeiten, die
Träger und die Bedingungen. — In Fällen besonderer Bewilligung oder Sonderbedingungen haben die
Bezieher keinen Anspruch auf Befreiung des Ablasses oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Ein Millimeter Höhe der 22 Millimeter breiten Spalte im Allgemeinen Grund-
preis 2 Pf. der 35 Millimeter breiten Spalte im Textteil 60 Pf., sonst laut Verabredung. —
Nachzahlung 10 Pf. — Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen
wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigen-Kampagne 9 1/2 Uhr vormittags.
Besondere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Nr. 67.

Samstag/Sonntag, 20./21. März 1937.

85. Jahrgang.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Reichstag genehmigt. — Gesetz über Änderungen auf dem Gebiete der Reichsverwaltung.
Die Frontzulage.

Berlin, 19. März. Die heutige Kabinettsitzung beschloss sich in der Hauptsache mit dem vom Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk vorgelegten Gesetz über die Haushaltsführung im Reich im Rechnungsjahre 1937 sowie mit einem Gesetz über die 29. Änderung des Besoldungsgegesetzes. Das letztere Gesetz hat die Einordnung der Polizeibeamten in die Besoldungsordnung und die Verbindlichkeitserklärung des Reichsrechts für die Beamten der allgemeinen Landesverwaltung und der inneren Verwaltung der Länder zum Gegenstand. Der Reichstag wurde vorabstimmig beschuldigt, noch nicht endgültig feststehende Positionen genehmigt; ebenso das Besoldungsgegesetz. Angenommen wurde ein Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiet der Frontzulage, durch das die für einen einheitlichen Reichsaufbau der ausführenden Vollzugsorgane und der gesamten Geheimen Staatspolizei erforderlichen Finanzmaßnahmen getroffen werden, während die anstehenden Polizeiverwaltungen selbst mit ihrer Beamtenzahl auf den Länderhaushalten verbleiben. Schließlich wurde ein Gesetz über Änderungen auf dem Gebiet der Reichsverwaltung beschlossen, das eine Neuregelung der Frontzulage zum Gegenstand hatte. Die Frontzulage in Höhe von 5 RM monatlich, die durch Gesetz vom 3. Juli 1934 eingeführt worden ist, bewirkt, die Rechte der Frontkämpfer, die Frontkämpfer besonders hervorzuheben. Bisher war jedoch der Kreis der

Frontkämpfer, die die Frontzulage ohne Einschränkung erhalten können, auf diejenigen Frontkämpfer beschränkt, deren Erwerbsfähigkeit durch die Kriegsdienstbeschädigung um mindestens 50 v. H. gemindert ist, während Beschädigte mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 30 v. H. oder 40 v. H. erst nach Vollendung des 50. Lebensjahres erhielten. Diese Einschränkung wird durch das Gesetz über Änderungen auf dem Gebiet der Reichsverwaltung beseitigt, jedoch mit Wirkung vom 1. April 1937 alle Frontkämpfer, deren Erwerbsfähigkeit um mindestens 30 v. H. durch Kriegsdienstbeschädigung gemindert ist, die Frontzulage erhalten werden. Der Führer und die Reichsregierung bewilligen damit erneut ihre Verbundenheit mit den Frontkämpfern.

Verlängerung der Amtszeit
des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schaft und des Präsidenten des Rechnungshofes Dr. h. c. Saemisch.

Berlin, 19. März. Die Amtsänderung des Präsidenten des Reichsfinanzpräsidenten Dr. Schaft ist nach dem Reichsfinanzgesetz, wie die des Präsidenten des Rechnungshofes des Reichs Reiches, Staatsminister a. D. Dr. h. c. Saemisch, infolge Erreichung der Altersgrenze abgelaufen. Die Amtsänderung beider Präsidenten ist um ein Jahr verlängert worden.

Weltrevolutionäre Parolen im sowjetrussischen Staatswappen.

Moskau, 20. März. (Funkmeldung.) Das Präsidium des Zentralkomitees der Sowjetunion hat, wie die TASS meldet, gemäß Artikel 143 der Verfassung den Entwurf eines Staatswappens der Sowjetunion genehmigt. Mit der Genehmigung dieses Wappens bekräftigt die Sowjetmacht erneut und in zynischer Offenheit ihre

weltrevolutionären Ziele. Auf dem Wappen ist der Erdball dargestellt, über dem sich ein Hammer und Zirkel kreuzen. Daneben befindet sich die kommunistische Revolutionsparole „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“. Über dem Wappen steht ein fünfzackiger Stern!

Diese neuerlich nur symbolische Unterzeichnung der Tatsache, daß Moskau auf den ganzen Erdball Anspruch erhebt, sollte gewisse Leute zu denken geben, die immer noch nicht die weltrevolutionären und imperialistischen Absichten der Sowjets wahrhaben wollen.

Französische Bemühungen um Schweden.

Sandler soll für Pariser Ziele eingespannt werden. — Schweden lehnt dankend ab. Um Belgiens Politik.

Paris und Kopenhagen.

Berlin, 20. März. (Druckbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Der Besuch des schwedischen Außenministers Sandler in Paris gibt der französischen Presse Anlaß, sich mit der Haltung der skandinavischen Staaten zu beschäftigen und ihnen gute Ratschläge zu erteilen. Vor allem wird aber von der französischen Presse der Versuch gemacht, den schwedischen Außenminister zum Bundesgenossen im Kampf gegen die selbständige Politik Belgiens zu machen. Man kann sich nun einmal mit der Idee, daß Belgien in das französische Bündnis und Weltanpassungssystem nicht verwickelt werden will, nicht abfinden, und man legt deshalb Schweden als Partner des Brixton-Gruppens von Paris nahe, auf das ebenfalls zur Oslo-Gruppe gehörige Belgien einzuwirken. Diese Einwirkung hält man im gegenwärtigen Augenblick offenbar für umso erforderlicher, als der wiederholt angeforderte belgische Besuch in London nunmehr unmittelbar bevorsteht. Nach einer Londoner Meldung des „Wall Street Journal“ soll nämlich der belgische König bereits Montag in London eintreffen. Sehr zum Kummer der französischen Presse zeigt aber Schweden gar keine Neigung, den Pariser Wünschen nachzukommen und sich dem französischen Politiksystem anzuschließen. Minister Sandler selbst hat die Haltung seines Landes dahin angedeutet, daß Schweden der Politik der Bündnisse ablehnend gegenübersteht und nicht geneigt ist, sich in Kombinationen verwickeln zu lassen, die seine Handlungsfreiheit zu einem Zeitpunkt nehmen könnten, in dem es diese Handlungsfreiheit benötigt. Sandler hat die Politik nicht gerade mit dem Etikett „neutrale Staaten“ versehen wollen, sondern hat gemeint, daß es zweckmäßiger sei, von Staaten ohne Bündnisse zu sprechen. Er hat im übrigen noch hinzugefügt, daß diese Politik durchaus mit den Völkerverbindlichkeiten in Übereinstimmung zu bringen sei. Damit ist also eine glatte Weigerung an die französischen Bemühungen erteilt, Schweden in das französische Bündnisystem einzuspannen, wodurch auch Belgien leichter „fallen“ würde. Paris will aber offenbar den Kampf um die neutralen Staaten noch nicht aufgeben und so entsetzt der „Temps“ plötzlich Paris für Dänemark, dessen Rüstungsplan er höchst anzuzeigend findet. Auch hier möchte man Schweden für französische Ziele einspannen und nun versucht der „Temps“, die Lage Dänemarks so darzustellen, als ob es durch Deutschland bedroht sei und ein ungerüstetes Dänemark somit eine Gefahr

für die Sicherheit Gesamtandinasiens darstelle. Der „Temps“ schließt seine Betrachtungen mit dem Hinweis, daß ein starkes Frankreich und starkes England nicht nur seit jeher notwendig waren, um das Gleichgewicht in Europa aufrecht zu erhalten, sondern daß damit auch die beste Garantie für die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten gegeben sei. Der „Temps“ verläßt also so zu darzustellen, als ob Skandinavien von irgend jemand bedroht würde. Er hätte sich trotzdem in gelistete Anstalten geflüchtet haben, denn die schwedische Erklärung wird auch ihm gezeigt haben, daß Stockholm sich nicht in das Schicksal der französischen Politik nehmen lassen will.

Wien verdreht die Tatsachen.

Erneute Angriffe gegen die deutsche Presse.

Wien, 20. März. (Funkmeldung.) Zu der dringenden notwendigen Klärung der außerordentlich heftigen Angriffe der Wiener Presse gegen Deutschland, die mit zahlreichen Verleumdungen und Falschmeldungen geführt wurde, wird von amtlicher Seite in Wien folgende Erklärung veröffentlicht:

Die reichsdeutsche Presse vom 18. d. M. richtete außerordentlich heftige Angriffe gegen einige Wiener Blätter, insbesondere gegen den „Telegraph“, die „Stunde“ und das „Echo“. Den unmittelbaren Anlaß hierzu hat eine Falschmeldung des „Telegraph“ über eine angebliche Verhaftung des Reichspressescheffs der NSDAP, Dr. Otto Dietrich. Die Äußerungen der reichsdeutschen Zeitungen, die dem Inhalt und dem Ton nach im wesentlichen übereinstimmen, befaßen sich aber nicht nur mit den genannten Wiener Blättern, sondern verhielten unter Berufung auf den vereinten Presseschieden eine Verantwortlichkeit der Bundesregierung festzustellen. Das amtliche DNB und zum Teil auch der reichsdeutsche Rundfunk verbreiteten diese Angriffe und geben ihnen dadurch einen über die Bedeutung einer Pressepolitik hinausgehenden Sinn. Die „Politische Korrespondenz“ ist ermächtigt, zu dieser Angelegenheit folgende Erklärungen zu veröffentlichen:

England und die Welt.

Zwischen den Londoner Rüstungsdebatten und der Empires-Konferenz.

Noch immer beherrscht das Thema Rüstungen die große Politik. Ja, man kann sagen, daß auch die Welt-pattisgespräche in dieses Kapitel gehören, denn, wenn Deutschland und Italien durch ihre letzten Pläne sich bemüht, dieses Problem zu fördern, so ist das nichts anderes als der Versuch, mögliche unheilvolle Folgen des Welt-rüstens Europa durch zweckmäßige Vereinbarungen fernzuhalten. Es ist auch kennzeichnend, daß in dem Augenblick, in dem die Weltmächte übereinstimmend wurden, sofort ein Stö-rungs-mä-d-e-r von der Seite eintrifft, die nun einmal nicht das mindeste Interesse daran hat, daß Europa zur Ruhe kommt. Wenn aber der Londoner sowjetrussische Botschafter Raistis glaubt, Annäherungen gegen Deutschland richten zu müssen und den deutsch-japanischen Pakt als antirussisches Militärbündnis hinstellt, so ist das die Methode des er-stappten Verbrechens, der unter dem Ruf „Friede den Völkern“ die Aufmerksamkeit von sich — und das heißt in diesem Falle von den Rüstungsdebatten — abulenken möchte.

Bei den Rüstungsdebatten ist nun insofern ein kleiner Szenenwechsel eingetreten, als nach den Debatten über die Ausweitung der Rüstungspläne und der Vermehrung der Flug-geheuer in England Fragen des Landheeres in den Vorder-ground traten. Dabei ist auch wieder die alte Frage ange-schnitten worden, ob es nicht zweckmäßiger sein würde, eine Zweiteilung der englischen Armee vorzunehmen und je eine Armee für Ostasien und für Europa zu schaffen. Der Plan ist auch diesmal abgelehnt worden, vermutlich nicht zuletzt, weil er die Rüstungsbeschleunigung mit denen der englische Kriegsmarine heute schon zu kämpfen hat, noch vermehren würde. Zahlenmäßig wird also das englische Expeditionskorps auch weiterhin schwach bleiben. Man be-müht sich daher, seine Feuerkraft und Beweglichkeit zu steigern, wie sich klar und deutlich aus den Beschlüssen über die Mechanisierung und Motorisierung des englischen Land-heeres ergibt. Das nun aber ist nicht nur eine militärische Angelegenheit, sondern aus diesen Beschlüssen ergibt sich auch, daß England für einen großen Krieg, den man je nicht allein mit der Flotte und den Flugzeugen gewinnen kann, sich andere Kräfte durch politische Bündnisse sichern muß. Man wird diesen Punkt, auf den Oberst a. D. Rudolf Ritter von Tzander nachdrücklich in einem Aufsatz über Englands neue Wehr hingewiesen hat, auch bei der Betrachtung der europäischen Politik nicht aus dem Auge verlieren dürfen. Man wird also vermutlich in Paris die englischen Rüstungs-debatten nicht ohne Wohlwollen verfolgt haben.

Dieses Wohlwollen dürfte noch gesteigert werden sein durch die Rede des liberalen Abgeordneten Sir Hugh Seely, der ganz offen erklärte, die englische Regierung müsse sich mit der Möglichkeit eines Luftangriffes auf Deutschland beschäftigen und dementsprechende Flugzeuge bauen. Ja, dieser edle Herr wandte sich auch eben dem gleichen Grunde auch gegen die belgische Neutralität, da dadurch eine Umklammerung Belgiens bei englischen Luftangriffen auf das Ruhrgebiet er-sorderlich werden würde. Auch wenn man diese Rede des liberalen Abgeordneten nicht sonderlich tragisch, sondern als ein Zeichen der Verwirrung, die in vielen liberalen Köpfen herrscht, hinnimmt, so läßt sie doch in schöner Deutlichkeit er-fennen, warum manchen Engländern ein neutrales Belgien ein Dorn im Auge ist.

Für das Weltreich Großbritannien spielt ja nun nicht nur die europäische Politik eine wesentliche Rolle, sondern nicht minder alles das, was mit dem Schicksal des Welt-reiches zusammenhängt. Und das Weltreich nun einmal eine Flage über 100 Millionen Wohnbevölkerung wehen läßt, so ist man in England auch etwas nervös gewesen, als

Die Bundesregierung mißbilligt schärfstens die Ver-öffentlichung unautorisierter Nachrichten oder tendenziöser Artikel, die dem Geiste des Abkommens vom 11. Juli widersprechen, und wünscht, daß auch dort, wo schwerwiegende Meinungs-verschiedenheiten vorliegen, oder eine Kritik ausgesprochen ist, der Ton ruhiger Sachlichkeit eingehalten werde. Sie miß-billigt insbesondere heftige persönliche Angriffe oder eine leichfertige Verbreitung von diffamierenden Falschmeldungen, gleichgültig welchen Rangs die betreffenden Personen im öffentlichen Leben einnehmen. Das Erscheinen derartiger Meldungen, die aus privaten Quellen kommen, überhaupt zu verhindern, ist jedoch technisch unmöglich. Darüber hinaus ist festzustellen, daß die Bundesregierung in ihren Bemühungen um die Wahrung des Pressfriedens durch die Fassung der reichsdeutschen Presse schon seit einigen Monaten entschieden gehandelt ist.

Nach dieser völligen Verdrehung der Tatsachen, nament-lich der Behauptung, daß die deutsche Presse, die sich kaum mit überreichlichen Angelegenheiten beschäftigt, den Anlaß zur Haltung der Wiener Presse gegeben habe, werden in der Erklärung dann weitere unethische Angriffe gegen die deut-sche Presse gerichtet, die jeder Grundlage entbehren.

Lehnt Blum die kommunistischen Forderungen ab?

Eine Warnung de la Rocque.

Paris, 20. März. (Zuntmeldung.) In politischen und parlamentarischen Kreisen erwartet man mit Spannung die für kommenden Dienstag feierliche Rede Blums in der Kammer. Man rechnet damit, daß zu den bisher eingegangenen Aussagen noch eine ganze Reihe neuer treten wird.

Nach dem Verlauf der gestrigen Sitzung der Einkassendungen und einer anschließenden Zusammenkunft der radikalsozialen Fraktion scheint es jedoch, daß die Volksfrontregierung auch diesmal wieder mit einer großen Mehrheit aus der Debatte hervorgehen wird. Der Ministerpräsident scheint nicht zu beabsichtigen, die kommunistischen Forderungen auf Auflösung der angeblich unzulässigen nationalen Parteien nachzugehen. Die Radikalsozialen haben außerdem sehr unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß sie eine derart willkürliche Haltung nicht billigen könnten, sondern stets für die Verwirklichung der Forderungen der Volksfront eintreten, die den bestehenden Gesetzen entsprechen. Es soll auch nicht in der Absicht von Blum liegen, ein allgemeines Versammlungsverbot zu erlassen. Er dürfte sich vielmehr darauf beschränken, einen Aufruf an alle Parteien, auch an die augenblicklichen Gegner zu richten, um sie aufzufordern, zumindest während der Pariser Internationalen Ausstellung ihre Rundgebungen einzuschränken.

Obwohl de la Rocque, der Vorsitzende der französischen Sozialpartei hat am Freitag der Beschlüsse in der langen Erklärung eine ernste Warnung an die Regierung gerichtet, den einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen eine Partei abzuweichen, da er andernfalls keine Garantie für die Folgen übernehmen könne. Er sei stets ein Gegner einer politischen Verunsicherung gewesen. de la Rocque hält es für seine Pflicht, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß eine systematische Verfolgung seiner Partei ihm als Führer jede Möglichkeit nehme, auf die Parteimitglieder irgendwelche einzuwirken.

Der „Matin“ ist der Ansicht, daß die durch die letzten Ereignisse entstandenen Schwierigkeiten weniger auf parlamentarischen Gebiet als auf außerparlamentarischem Gebiet liegen. In der Kammer werde der Ministerpräsident noch wie vor seine Mehrheit behalten. Aber es müsse festgestellt werden, daß es der Regierung nicht möglich gewesen sei, einen Teil ihrer Anhänger auf dem äußersten linken Flügel aufzuheben zu stellen, die in der Volksfront bisher ein Mittel gesehen hätten, um dem Marxismus zum Siege zu verhelfen. Diese vertriebenen und enttäuschten Elemente gerieten nun allmählich in einen individuellen Nationalismus, nach dem Beispiel Kataloniens und verließen den Generalstab des marxistischen Geschichtsverbandes einfach zu überlassen. Ihre Tätigkeit konnte immer deutlicher zum Ausdruck und habe sich erst gestern in verschiedenen Zwischenfällen gezeigt, die sich in den Pariser Fabriken ereigneten, und zwar gegen den Willen der Gewerkschaftsvertreter. Das Vertrauen würde sehr rasch zurückgehen, wenn die Regierung eine ausgesprochen revolutionäre und autoritäre Bewegung, die verurteilt, die auf dem linken Flügel stehenden Parteien zu überwinden, energig in die Reihe einzufügen würde. Man wisse nur zu genau, was diese Bewegung aus Spanien und der spanischen Volksfront gemacht habe.

Blum vor den Einkassendungen.

Seine geistliche Handhabe zur Auflösung der Sozialpartei. — Die Kommunisten für „Umgebung“ unannehmbarer Gesetze.

Paris, 19. März. Am sozialdemokratischen Kammerauschuß und in der Sitzung der sogenannten Einkassendungen wurde am Freitag die Frage der Versammlungsfreiheit erörtert.

Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß eine geistliche Handhabe zur Auflösung der französischen Sozialpartei zur Zeit nicht gegeben sei. Die Unterdrückung, ob es sich um eine Forderung der aufgelösten Vereinigung der „Freiheitskämpfer“ handelt, sei noch nicht abgeschlossen.

Vor der sozialdemokratischen Kammergruppe bedauerte Ministerpräsident Blum die Zwischenfälle von Clignancourt, die seiner Ansicht nach jedoch keineswegs die guten und engen Verbindungen zwischen den Regierungsparteien beeinträchtigen dürften. Die ersten Ermittlungen in Clignancourt ergaben, daß die Demonstranten entgegen den Maßnahmen des Ordnungsamtes den gewissen Elementen, deren Zugehörigkeit nicht festgestellt werden konnte, wieder in die Nähe des Polizeikommissars geleitet worden seien. Der Ministerpräsident wies weiter auf die Notwendigkeit hin, die politischen Rundgebungen aller Parteien zu be-

schränken. Allerdings sei es auch nicht möglich, die Rundgebungen politischer Parteien überhaupt zu unterlegen, wenn diese gesetzlich zugelassen seien. Hierin habe keinerlei richterliche Entscheidung die französische Sozialpartei als ungesetzmäßig erklärt.

Innenminister Dormon erklärte, daß er nicht über das geistliche Mittel zur Auflösung der Sozialpartei verfüge.

Dieselbe Frage wurde auch von der sogenannten Einkassendungen eingehend geprüft. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Radikalsozialen und den Kommunisten. Der kommunistische Abgeordnete Duclos erklärte nämlich, zynisch, wenn es seine geistlichen Mittel zur Auflösung gäbe, dann brauche man sich um die geistliche Freiheit nicht kümmern, sondern müsse sich von der politischen Notwendigkeit einer Auflösung der französischen Sozialpartei leiten lassen.

Der radikalsozialer Abgeordnete Campinchi wandte sich nachdrücklich gegen diese Auffassung, denn das Gesetz, das die Freiheit verbürge, müsse für alle gelten.

Ministerpräsident Blum richtete dann den eindringlichen Aufruf an alle Parteien, ihre politischen Versammlungen während der Dauer der Pariser Weltausstellung möglichst einzuschränken, um so eine ruhige Stimmung zu erzeugen, die für den Erfolg der Ausstellung notwendig sei und um die Rechtsparteien zum Verzicht auf Rundgebungen bestimmen zu können. Alle politischen Versammlungen auf sechs Monate einfach zu verbieten sei unmöglich, da ein solches Verbot der Gesetzgebung über die Versammlungsfreiheit widerspreche.

3000 Pariser Kinder mußten hungern,

weil die Angestellten ihrer Schulen in den Streik traten.

Paris, 20. März. (Zuntmeldung.) Wie der „Figaro“ mitteilt, in einem großen Pariser Bezirk die Beschäftigten der öffentlichen Kindererziehungsanstalten und der Schulen in den Streik getreten. Sie forderten den öffentlichen Angestellten gleichgestellt zu werden. Die Folge dieses Streiks war, daß etwa 3000 Kinder, die in den Schulen verpflegt werden, am Freitagmittag nichts zu essen bekamen.

Die Schlussarbeiten am amerikanischen Neutralitätsgesetz.

Vor einem Kompromiß zwischen Senat und Repräsentantenhaus.

Washington, 20. März. (Zuntmeldung.) Die Arbeiten an dem neuen amerikanischen Neutralitätsgesetz sind nunmehr durch die Annahme des Entwurfs des Repräsentantenhauses einen wesentlichen Schritt weiter gekommen. In einer sogenannten Konferenz, an der beide Häuser des Kongresses, je drei Vertreter entsandten, wurden die Unterschiede zwischen den Entwürfen des Senats und des Repräsentantenhauses ausgeglichen. Dies geschieht gewöhnlich durch beiderseitige Zugeständnisse, und man kann mit einer baldigen Einigung rechnen.

Der Gegenstand des Repräsentantenhauses unterlag bisher nur in wenigen Punkten von dem seinerzeit gemeldeten Entwurf des Senats. Aber diese Punkte gelten immerhin als wesentlich. In dem Entwurf des Repräsentantenhauses wird es in das Ermessen des Präsidenten gestellt, wann amerikanischen Schiffen die Beförderung von kriegswichtigen Fracht zu verbieten ist, und wann darauf behanden werden muß, daß Waren in Amerika bar bezahlt werden, bevor sie ausgeführt werden dürfen. Ferner ist von einem eventuellen Verbot der Einfuhr von Kanonen ausgenommen, jedoch hinhaltend, daß nur mit der Genehmigung und mit Vorwissen, sondern nicht über die großen Seen verladen werden dürfen. Die Vollmacht zum Erlass von Verfügungen und Ausnahmeverboten soll lediglich auf zwei Jahre, bis zum 1. Mai 1939, beschränkt sein. Schließlich wird in dem Entwurf des Repräsentantenhauses von dem Finanzierungsverbot der Sammlung von Geldern für sanitäre Zwecke ausgenommen.

Gemeinlich in dem Entwurf des Senats, wie des Repräsentantenhauses wird Vorkammer nicht an allen Bestimmungen des Gesetzes ausgenommen, sofern nicht ein lateinamerikanischer Staat sich mit einem nichtamerikanischen Staat verbünde.

Kurze Umschau.

Der Führer und Reichskanzler empfing am Freitag den Bürgermeister der Stadt Belgrad, Jitsich, zu einer kurzen Unterredung.

Der Führer und Reichskanzler hat den Vizekonsul Dr. Bölders zum Gesandten in Havana ernannt.

Der Reichs- und preussische Minister des Innern Dr. Frick hat mit Zustimmung des preussischen Ministerpräsidenten den Polizeipräsidenten Redow in Berlin zunächst vorübergehend mit der Verwaltung der Stelle des Regierungspräsidenten in Hildesheim betraut.

Der neuernannte Chef des Presse- und Propagandaamtes der Reichsregierung, Hans-Joachim Lappert, hat heute Reichsminister Dr. Goebbels seinen Amtseinführung ab.

Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, hat den Leiter der Abteilung Kunst im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda Generalinspektanten Dr. Dr. Heinz Drewes zum Vizepräsidenten und Mitglied des Präsidiums der Reichskulturkammer ernannt und ihn gleichzeitig in den Reichskulturkammer berufen.

Am Freitagnachmittag wurde im Fährtenaal des Breslauer Rathauses, das — wie Oberbürgermeister Dr. Friedrich in seinen Begrüßungsworten ausführte — selbst ein Beispiel von Schönheit der Arbeit aus der Vorkriegszeit ist, die Reichstagung des Amtes „Schönheit der Arbeit“ der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ durch den stellvertretenden Amtseleiter J. Steinwag eröffnet.

Die Aktienmajorität der Universum Film AG. ist an eine unter Führung der Deutschen Bank stehende Gruppe übergegangen. Die sich hieraus ergebenden Veränderungen im Aufsichtsrat sollen auf einer außerordentlichen Generalversammlung der Gesellschaft etwa Anfang Mai beschloffen werden.

In der Aussprache ist an dem Entwurf starke Kritik geübt worden. So wurde erklärt, daß das neue Gesetz de facto ein Bündnis mit England herstelle. Dilemma Einwand begegnete ein Abgeordneter mit der Erklärung, daß das durchaus zu begrüßen sei, denn das Britische Weltreich stelle die nordöstliche Verteidigungslinie Amerikas gegen die Bedrohungen anderer Länder dar. Im übrigen sei England der beste Kunde Amerikas und habe daher auch im Kriegsfall Anspruch auf alles, was es zur Kriegsführung benötige. Es wurden in der Aussprache ferner Bedenken laut, daß die Ausnahme Latein-Amerikas dazu führen könnte, daß diese Staaten zum Schauplatz eines schwebenden Waffenhandels würden. Kritisiert wurde es weiterhin, daß die Ausfuhr kriegswichtiger Waren auf den Umfang vor dem Kriege beschränkt werde. Dieser Umstand bringe die Gefahr einer ungelunden Hause in Kriegsgefahr mit sich.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die Anhänger einer strikten Neutralitätspolitik im Senat überhaupt auf den Entwurf des Repräsentantenhauses eingehen werden. Es scheint aber, daß die Bundesregierung diesem Entwurf sympathisch gegenüberstehe.

Italiens Vertretung bei den Krönungsfeierlichkeiten in London.

London, 19. März. Die britische Regierung ist, wie amtlich mitgeteilt wird, nunmehr von der italienischen Regierung dahingehend unterrichtet worden, daß sie bei den Krönungsfeierlichkeiten durch den Vizekönig in London, Graf Ciano, vertreten sein wird.

Die Mitteilung ist dem britischen Vizekönig in Rom durch den italienischen Außenminister Graf Ciano übermittelt worden.

Achtes Zyklussoniert im Kurhaus

Carl Schürich begann das Konzert am Freitagabend mit Mozarts „Zur-Sinfonie aus dem Jahre der Einführung“. Aus Anlaß einer Familienfeier im Hause der angehenden Solburger Familie Haffner hatte Mozart eine sechsjährige Sinfonie komponiert, die er später durch Streichung mehr Sätze auf die übliche Sinfonieform reduzierte und in Wien zur Aufführung brachte. Man merkt daher „Haffner-Sinfonie“, neben der es noch eine weitere, einige Jahre ältere „Haffner-Sinfonie“ gibt, ebenfalls heute noch gern gespielt wird, den festlichen Sinfoniecharakter an, vor allem im knapp gefügten, ganz aus einer thematischen Keimzelle herauswachsenden ersten Satz. Allgemein reizvoll, wie sich dieses Thema, das sich anfangs in zitterndem Stolz aufsteht und mit leichten Trillern wie mit einem Farnisch flirrt, später in den hinteren Teil der Begleitstimmen zurückführt und doch, in mancherlei Veranlassung, stets geradlinig bleibt. Gerade dieser Satz gelang auch Schürich sehr schön und lebendig abgesetzt. Im Abschlusse meinte man schon den Beethoven des humoristischen Scherzos der Achten vorauszuahnen, jamaal Schürich hier die Rhythmen ähnlich unterteilt. Seine Geläufigkeit konnte das Autorrecht am lohnendsten im Finale erwiesen, das nach Mozarts Worten „so geschmeidig als möglich“ geben soll; immerhin füllte sich Schürich hier vor Überbahrung des Zeitmaßes. Dirigent und Orchester waren schon nach dieser Eingangsnummer Gegenstand lebhafter Ovationen.

Das Hauptwerk des Abends war die Neunte Sinfonie von Anton Bruckner. Er ist vor einigen Jahren zum ersten Male der Öffentlichkeit wider den beiden Füllungen, der bisher allein bekannten, von Ferdinand Löwe redigierten Ausgabe und der unrichtigen Originalfassung, die aus Bruckners Nachlass stammt, erwiesen haben die Leistungen der „Neunten“ schon vor anderthalb Jahren den anfänglichen der Münchener Hofkapellmeister unter Hausseger kennengelernt. Nun hat die Schürich auch beim Autorrecht eingeführt, und seine diesmalige Darstellung vermochte einige ihrer unfehlbaren Vorteile zu bestätigen, die als solche zwar

nur dem „Kennen“ bewußt werden, zweifellos aber auch für die tief gefühlvolle Aufnahme von entscheidender Wichtigkeit sind, so geringfügig sie erscheinen mögen. Hierin geht vor allem die wesentlich veränderte Klangfarbe des Scherzos, vor allem des Anfangs, der durch den Kontrast liegender, gleichsam toter Holzbläserklänge und harter Zupflänge der Streicher ist und weit früher und lauter wirkt als in der gefälligeren und dabei konventionelleren Umarbeitung. Einseitlich hat dieses Füllung nur der ursprünglichen voraus: sie ist in der Werkstatt eines Orchesterleiters entstanden, der genau wußte, was die Klangfarbe eines Orchesters auf eine allzu empfindliche Probe stellen konnte; in solcher Anspannung an den Leistungen der Dirigenten gelegen. Bei einem Urteil über die Qualitäten einer Aufführung des Werkes in seiner ursprünglichen Gestalt darf nicht außer acht gelassen werden, und Schürichs wertvolle Arbeit für die erlebnisreiche Wiederholung am Freitag ist daher weit höher zu werten, als es eine bloße Wiederholung der hier ja früher bereits öfter aufgeführten Sinfonie verdient hätte. Auch um der Leistung des Autorrechters gerecht zu werden, müßte im einzelnen auf die erdinnernden festlichen Bedingungen eingegangen werden, das an dieser Stelle naturgemäß zu weit führen würde. Der ausserordentliche Saal ergab sich besonders am Anfang, in dem Schürich zunächst geistigen Gehalt und Klangfarbe seiner Interpretation gipfeln ließ, und beglückte seine Zuhörer durch langanhaltenden, dankbaren Beifall.

Als Solist gastierte zum ersten Male der berühmte Bayreuther Violon und Hans Sachs: Rudolf Koseffmann. Sein warmer, fülliger, weicher und doch nie süßlicher Bariton ist das, was man eine typisch deutsche Stimme zu nennen versucht ist. Welcher Schmiegeanlage ist ihm, zeigt sich gleich anfangs an der Arie des Julius Cäsar von Handel, die allerdings der Saal nach erst im Zusammenhang vernehmlich wurde. Cäsar sang den süßigen, launlich schleichenden Jäger und spielt damit auf den heimischen Happten auf, an der ihm eine Fülle Stellen will, aber nur Cäsar durchdringt. Koseffmann widmete eine Gefühlsgehalt jenseits der bekannten Tier-Arie aus Handys Schöpfung, deren im besten

Sinne naive Schilderungstracht er ohne Effekthaserei zur Geltung brachte. Drei Lieder von Hugo Wolf liegen den vorliegenden und allen sonstigen Anforderungen mit vollständigster und feinsten Handhabung des Mittels nicht der anpruchsvollen Goethe-Lexie erkennen; sie schienen zu denen, die Wolf selbst reizvoll instrumentiert und dadurch freilich, besonders den „Prometheus“, fast zu insinuativen Dichtungen gemacht hat. Sänger und Begleiter wurden verdient gefeiert.

Dr. Wolfgang Stephan.

* Musik in Mainz. Die NS-Kulturgemeinde veranstaltete am Freitag im Weissen Saal des Kurfürstlichen Schlosses ein „Quartett-Abend“, ausgeführt von dem Mainzer Streichquartett (Robert Weinmann, 1. Violine; Hans Karsel, 2. Violine; Hans Philipp, Viola; Willy Wunderlich, Violoncello). Das Programm wurde eröffnet mit dem Streichquartett in C-Moll op. 131 von L. van Beethoven. Das Quartett, welches in dem Originalmanuskript außer dem Titel den seltsamen Vermerk trägt: „Zusammengesetzt aus Vertriebenen und jenen“, wurde von Beethoven selbst als sein größtes Werk bezeichnet; Richard Wagner, der im Dezember 1854 eine Einführung zu dem Quartett schrieb, charakterisiert das längere, einleitende Adagio als das Schmerzlichste, was je in Tönen ausgedrückt worden ist. Der folgende nachklassische Quartett in C-Moll von Franz Schubert entstand im Jahre 1820. Der Originalmanuskript des Johannes Brahms, der diesen Quartett in dem Jahre 1889 dem Leipziger Verleger Carl Focke anbot, der ihn aber erst im Jahre 1871 erscheinen ließ. Den Schlüssel des Quartetts bildete das dreifache, im Jahre 1782 komponierte Quintett für Streichinstrumente und Horn (K. 407) von W. A. Mozart. Mozart schrieb das Werk für den Salzburger Hornisten Leutgeb; das Horn ist darin konzentriert behandelt, die Streichinstrumente verhalten sich nur begleitend. Die schwierige Hornpartie wurde von dem Mainzer Max Strauß gehalten. Die zahlreichen Zuhörer dankten den ausübenden Künstlern für den eindrucksvollen Abend durch anhaltenden Beifall.

Karl Berger.

Die neuen Polizeigesetze.

Ein weiterer Schritt zur Einheitsorganisation.

Berlin, 19. März. Die Reichsregierung hat zwei Gesetze verabschiedet, die für den Aufbau der Reichspolizei in Deutschland von außerordentlicher Bedeutung sind.

Durch das erste Gesetz werden sämtliche Polizeibeamten aller deutschen Länder mit einheitlichen Befeldungsbezügen und einheitlichen Amtsbezeichnungen in die Reichsbefeldungsordnung eingereiht. Bisher handelte es sich bei den Befeldungsbezügen und Befeldungsstellen, wie sie sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung in den einzelnen deutschen Ländern herausgebildet hatten, um eine unübersichtliche Vielfalt.

Um für die verschiedenen und auch in ihrer Bedeutung voneinander abweichenden Amtsbezeichnungen ein Beispiel zu nennen: für den gleichen Dienstgrad gab es bisher mindestens drei verschiedene Bezeichnungen, wie Obermeister, Oberkommissar und Stationskommandant. Dieser unübersichtliche Zustand wird jetzt beseitigt. Auch eine ganze Anzahl von anderen umständlichen und überholten Amtsbezeichnungen der Polizei wird im Zuge dieser Reform verschwinden wie Weininspektoren, Bräugemeister und ähnliche.

Vom 1. April 1937 ab wird es im ganzen Deutschen Reich für dieselbe Tätigkeit innerhalb der deutschen Polizei gleichmäßige Amtsbezeichnungen und eine gleichmäßige Befeldungsordnung geben.

Erfolgt auf dieser Grundlage konnte die zweite, jedoch beschlossene gesetzliche Maßnahme — das Reichspolizeigesetz — auf dem Gebiet der Polizei — aufgebaut werden. Dieses Gesetz bewirkt die hausähnliche Überführung der gesamten staatlichen Vollzugsorgane (Schutzpolizei, Gendarmerie, Kriminalpolizei und Politische Polizei) auf das Reich, während die staatlichen Polizeiverwaltungsbehörden (Polizeipräsidium und Polizeidirektionen) auf den Hausbesitz der Länder verbleiben. So wird die notwendige einheitliche Organisation der Polizeiverwaltung nicht wie bisher an der Verschiedenheit der in den einzelnen Ländern gehandhabten Finanzhoheit scheitern, und auf der anderen Seite ist durch das Verbleiben der Polizeiverwaltungsorgane bei den Ländern ein Herausreißen des gesamten Polizeiparates aus der allgemeinen und inneren Verwaltung der Länder vermieden worden. Die notwendige Einheitlichkeit wird so gewährleistet, und doch der künftigen Reichsreform in seiner Weise vorgegriffen. Auch in der Uniformierung der Polizeierstellung, die einen der größten und wichtigsten Bausteine des Staates mit annähernd 100.000 Beamten umfaßt, werden die schon beschlossenen gesetzlichen Maßnahmen sich in aller nächster Zeit auswirken. Die Einheitlichkeit der Polizeiformen im Deutschen Reich wird bald einigartig der Vergangenheit angehören. Die einheitliche Ausrichtung mit der am 19. Juni 1936 vom Führer genehmigten Einheitsuniform ist nunmehr angeordnet.

Beide Gesetze, die mit dem 1. April 1937 in Kraft treten, bedeuten einen weiteren großen Fortschritt auf dem Wege zur Reichseinheit.

Sühne für die Herabwürdigung der deutschen Reichsflagge in Holland.

Amsterdam, 19. März. Einer der Flaggenwischenfälle, die sich seinerzeit im Haag ereignet haben, hat jetzt seine gerechte Sühne gefunden. Ein Rahmmeister, der mit einem Boots- haben die deutsche Reichsflagge, die ein im Haag anfalliger Reichsdeutscher anlässlich der Hochzeitsfeierlichkeiten der Kronprinzessin an seiner Wohnung gehängt hatte, heruntergerissen hatte, wurde vom Polizeirichter zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Der Staatsanwalt hatte in einer kurzen Anklage eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen gefordert. Es sei verantwortungslos, die Ausländer in Holland daran zu hindern, die Flagge ihres Heimatlandes zu zeigen.

Der nationale Heeresbericht vom Freitag.

Salamanca, 20. März. (Zunehmend.) Vom Sonderberichterstatter des DNR. Der Freitag-Heeresbericht des Hauptquartiers der nationalen Truppen in Salamanca berichtet:

An der Asturien-Front wurden bolschewistische Angriffe auf die von den nationalen Truppen am Donnerstag eroberten Stellungen mit großen Verlusten für den Gegner zurückgewiesen.

An der Guadalupe-Front herrscht Ruhe.

An der Madrid-Front und an der Südfront hat sich nichts Neues ereignet.

Ständig festes Wetter behindert den Vormarsch auf Guadalupe.

Salamanca, 20. März. (Zunehmend.) Nach hier vorliegenden Nachrichten kann angenommen werden, daß sich die Führung der nationalen Truppen entschlossen hat, den Vormarsch auf Guadalupe zunächst nicht

Internationales Musikfest in Baden-Baden.

Das 1. Orchester-Konzert im großen Bühnenaal des Kurhauses brachte unter der ungemein einflussreichen und begeisterten Stabsführung von Herbert Albert mit dem prächtigen Sinfonie- und Kammerorchester zunächst hauptsächlich Werke im ausgereiften Kammerstil zu Gehör, die mit Ausnahme der frühen Vortragsnummer als Ur- oder Erstausführungen für Deutschland erlangten. Das einleitende Sinfonie für großes Orchester des Herrnhuters Rudolf Kattung (geb. 1895), das tolle Treiben der Faune und Rhythmen auf einer Sommerwiese darstellen und gibt sich als eine virtuosenfliegende Musik, die zur guten Unterhaltungsmusik hinüberneigt. Einen ganz ausgezeichneten Eindruck hinterließ die „Mutter für Streichorchester“ des 1891 in London geborenen Engländer Arthur Bliss. Das ungemein klar und durchsichtig gespielte Werk verbindet an Stravinskij gefühlte rhythmische Energien mit einem starken Sinn für Farbe, seine farbigen Eindrücke haben Ziele und eine fähigste nationale Färbung, die Melodie ist charaktervoll geprägt. Wilhelm Waiers Violinkonzert in A experimentiert in eigenartiger Weise mit dem Prinzip, den Ton zu einem melodischen Mittelpunkt der drei Sätze zu machen. Die hiermit gegebene Einigung der harmonischen Verhältnisse und die für die Ausdehnung des Werkes nicht genug gestaltbildende Weisheit der freilebenden-konzertanten neuen Stilelemente lassen den Hörer nicht über eine ehrliche Forderung für das bevorstehende, jetzt erstklassigerweise etwas härter im Umriß werdende Können des weltweid anerkannten Komponisten hinwegkommen. Als Solist des leicht ausgereiften, feinsten Wertes zeigte Prof. Will. Stich-Wilander ein Werk geistlichen Rahmens, die den sehr deutlichen Erfolg des Werkes mitbestimmte. Mit seinem „Concerto di Camera“ stellte sich der 1900 in Bordeaux geborene Bildhauer Henry Barraud in Deutschland vor. Die Wendung vom Impressionismus Debussoyscher Prägung

weiter zu führen. Der Entschluß wurde bedingt durch die dauernde Verschlechterung des Geländes, das durch die wogenden Regengüsse dermaßen grundlos geworden ist, daß die mittleren und inneren Straßen fast nicht mehr in neue Stellungen gebracht werden können. Bis zum Eintreten trockenerer Wetter werden die nationalen Truppen ihre Aufgabe darin sehen, die Volkswirtschaft an der Errichtung von Befeldungsanlagen zu verhindern, sowie ihre eigenen Stellungen zu verbessern und ihre Streitkräfte neu zu gruppieren.

Das polnische Einigungswort.

Kanbananfrage des Staatspräsidenten.

Warschau, 20. März. Am Kamenstag Joseph Pilsudski hielt Staatspräsident Pilsudski am Freitagabend in Anwesenheit des Marschalls Radosz Smigly, des gesamten Kabinetts, der Marschälle von Sejm und Senat und der höchsten Staatsbeamten eine Kanbananfrage an das polnische Volk. Er erinnerte an die Hauptverdienste Pilsudskis: Daß er einen freien Staat geschaffen, seine Grenzen verteidigt und ihn vor äußeren Gefahren bewahrt habe. Während seiner langjährigen Staatsführung habe Pilsudski eine gradlinige und klare Außenpolitik betrieben, die sich für Polen außerordentlich erfolgreich erwiesen habe. Sie werde gefolgt und glänzend weitergeführt von dem Schüler des großen Marschalls, dem Minister Sed, der nicht einen Schritt von den Richtlinien Pilsudskis abswelche.

Durch sein mündliches Testament, fuhr der Staatspräsident fort, habe Pilsudski den Marschall Radosz Smigly zu seinem Nachfolger an der Spitze der Armee berufen, und ganz Polen sei ihm gleichzeitig der Führer der Nation.

Der Hauptteil seiner Rede widmete Pilsudski der Frage der nationalen Einigung. Marschall Radosz Smigly habe die Anzeigung zur Bildung der Volksgemeinschaft gegeben und mit deren Vermittlung den Obersten Rats beauftragt. Die Erklärung des Obersten Rats habe Marschall Radosz Smigly dem Staatspräsidenten vorgelegt und dieser habe sich mit deren Leitlinien einverstanden erklärt. Die Erklärung sei sojugal das Glaubensbekenntnis des Marschalls Radosz Smigly.

Der Staatspräsident gab seinem festen Glauben an den gelunden Sinn des polnischen Volkes Ausdruck, der es erkennen lasse, daß der geschichtliche Augenblick für die Einigung nicht verfließen werden dürfe. Der Ruf des Obersten Rats habe seinen Widerhall in der Öffentlichkeit gefunden. Selbstverständlich gebe es noch Leiter von Gruppierungen und Parteien, die ihre Anhänger irre zu machen versuchen. Aber die Größe des Einigungswortes nicht verheißt, der könne es aber höchsten vorübergehend aufhalten, könne nicht das gesunde Empfinden in diesem für den Staat so bedeutsamen Augenblick ausschlagen.



Der Duce zog mit 2600 Wüstenreitern in Tripolis ein.

Links: Der Einzug Mussolinis in Tripolis gestaltete sich zu einem wahren Triumphzug. Die Stadt hatte Mussolini den Karrenwagen bereitgestellt, um an der Spitze von 2600 Wüstenreitern in ihren malerischen Uniformen in Tripolis einzuziehen. Der Duce, vor ihm zwei Wüstenreiter, die das Vortragsband trugen, während des ihm zu Ehren veranstalteten Festes. (Scherls Silberdienst, M.) Rechts: Dem italienischen Regierungschef Mussolini wurde während seines Aufenthaltes in Tripolis auf dem Hauptplatz der Stadt durch hohe mohammedanische Würdenträger das „Schwert des Islams“ in feierlicher Form überreicht. (Scherls Silberdienst, M.)

Das „Schwert des Islams“.

Vor den Mauern der Stadt hatte Mussolini den Karrenwagen bereitgestellt, um an der Spitze von 2600 Wüstenreitern in ihren malerischen Uniformen in Tripolis einzuziehen. Der Duce, vor ihm zwei Wüstenreiter, die das Vortragsband trugen, während des ihm zu Ehren veranstalteten Festes. (Scherls Silberdienst, M.) Rechts: Dem italienischen Regierungschef Mussolini wurde während seines Aufenthaltes in Tripolis auf dem Hauptplatz der Stadt durch hohe mohammedanische Würdenträger das „Schwert des Islams“ in feierlicher Form überreicht. (Scherls Silberdienst, M.)

zu einem neuen Stil geführt hier teils auf der Linie Pilsudski-Regier — der langsame Satz mutet ganz deutlich an — teils aus hier mit Stravinskijer Motorik. Tapfer französisch der elegant-längliche Schlusssatz mit seinem Rondocharakter. Die abschließende Sinfonia concertante des Leipziger Musikgenossen Jörnig zeigt hochentwickelte Fortschritt und atmet eine innere Sicherheit, die jenseits der früheren Reizung nach Konstitutionen liegt. Nach dem zwischen nördlicher Herbst und harter Winterzeit geteilten ersten Satz folgt ein Teil mit trauernd-schmerzhaftem Sarabandenstil. Brauchvoll der nordafrikanische Rondo, dessen Frische mitreißt. Bis auf den abweichenden Rhythmus konnten alle Komponisten den bei Bliss, Jörnig und Jörnig sehr harten Beifall selbst entgegennehmen.

Dr. Hans-Georg Bonte.

Aus Kunst und Leben.

Der Führer im „Deutschen Theater“. Der Führer und Reichsanführer wohnte am Freitagabend einer Aufführung der „Jungfrau von Orléans“ im „Deutschen Theater“ bei, wobei die Hauptrolle in dem Werk Friedrich von Schiller Luise Ulrich spielte. Mit dem Führer zusammen sah man in der Loge u. a. Reichsminister Dr. Goebbels, Reichspressechef Dr. Dietrich sowie den Adjunkten des Führers Obergruppenführer Bräuer.

Erna Sad singt in Rom. Als eine der letzten Anzeigenungen hat die Königlich Oper in Rom Mozarts „Zauberflöte“ mit Erna Sad und Tilo Schipa in der Titelrolle herübergebracht. Erna Sad, die für die schwierige Hauptrolle der „Zauberflöte“, die Königin der Nacht, aus Berlin eigens für vier bis fünf Aufführungen nach Rom engagiert worden ist, erlangt beim italienischen Publikum einen herzlichen Erfolg.

Der Spielplan der „Reichsautobahn-Bühnen“. Eins der wichtigsten Merkmale, durch welche sich die von der „Sonderaktion für Reichsautobahnen“ des Amtes „Feier-

Der belgische Königsbesuch in London.

Politische Erwägungen.

London, 19. März. Reiter bestätigt die Brüsseler Meldung, daß sich König Leopold von Belgien am Montag nach London begeben wird. Am Montag wird der belgische Vizekönig in London zu seinen Ehren ein Essen geben, am Dienstag wird der König Gast spielen und am Mittwoch der König Georg VI. zum Abendessen werden. Am Donnerstag wird er wieder nach Brüssel zurückkehren.

In der englischen Presse ist bekanntlich der erwartete Besuch des belgischen Königs mit den Weltfriedensverhandlungen bzw. mit der belgischen Neutralitätsforderung in Zusammenhang gebracht worden. In unterrichteten Kreisen wird jedoch vorläufig nur mitgeteilt, daß in letzter Zeit mehrere Besprechungen zwischen Außenminister Eden und dem belgischen Vizekönig, Baron Cartier de Marchienne, über diese Frage stattgefunden hätten.

Jedem bedeutungsvollen Schritt in der Weltfriedensfrage sei indessen vor den Osterferien kaum zu erwarten.

Große Gewinne der Rüstungsfirma Widors Ltd.

London, 20. März. (Zunehmend.) Die englische Rüstungsfirma Widors Ltd. hat im vergangenen Geschäftsjahr einen Gewinn von rund 16 Millionen Pfund Sterling erzielt, was rund 16 Millionen Pfund (oder rund 3 Millionen RM.) mehr als im vorhergehenden Jahre.

Der Gewinn von Widors Rüstungsbau betrug sich auf rund 768.000 Pfund gegenüber rund 609.000 Pfund im Vorjahre. Die Firma Widors Rüstungsbau gehört zur Widors Ltd.

Wieder ein Sowjetgewaltiger in die Wüste geschickt.

Juden rufen an.

Moskau, 19. März. Amtlich wird bekanntgegeben, daß laut Beschluß des Zentralkomitees der bolschewistischen Partei der Ukraine Putschow aus seinem Amte als Sekretär des ukrainischen Zentralkomitees entlassen wurde. An Stelle Putschows wurde der Jude Mendel Chatajewitsch (!) zum zweiten Sekretär der ukrainischen bolschewistischen Partei bestimmt.

Gleichzeitig wird bekannt, daß durch Regierungsverordnung Paul Borisowitsch Bisk und der Jude Grigori Abrahamowitsch Sine (!) zu Stellvertretern des Volkskommissars für das Eisenbahnwesen, des Juden Kaganowitsch, ernannt wurden.

Wiesbadener Nachrichten.

Die Wirtschaftsbelebung beginnt sich auszuwirken.

Fehlbetrag-Verringerung im Haushaltsplan 1937.

In einer öffentlichen Sitzung der Ratsherren am Freitag, nachmittags machte

Stadtkämmerer Dr. Heß

Mitteilungen zum Haushaltsplan der Stadtverwaltung für das Rechnungsjahr 1937. Neue Aufgabengebiete sind für das kommende Jahr nicht vorgesehen, mit Ausnahme der Unterhaltung der Arbeiten des Bierjahresplans mit beiseitigen Mitteln. Dr. Heß erläuterte eingehend die neuen Bestimmungen des Realhaushalts. Die Gemeindefürsorge ist im Haushaltsplan 1937 den neuen Bestimmungen entsprechend vorgesehen worden; ihr Aufkommen wurde trotz der Änderung des Gemeindefürsorgegesetzes nicht höher als das vorausgesetzte Aufkommen im 1936. zufällig eines nach den ministeriellen Bestimmungen zulässigen Konjunkturschwüches bemessen. Das vorausgesetzte Ergebnis in 1936 ist demnach günstig, das in 1937 auch ohne Erhöhung des Steuerfußes die Gemeindefürsorge erheblich über der für 1936 veranschlagten eingeht werden konnte. Da Ausführungsbestimmungen noch nicht erlassen sind, wurde der Steuerfuß durch die Gemeinden selbst ermittelt. Die Städtische Steuerverwaltung hat ihn mit 290 % erachtet, an Stelle des vorher für die Gemeindefürsorge geltenden Satzes von 540 % nach dem Ertrag, und 990 % nach dem Kapital. Die Errechnung erfolgte unter Berücksichtigung der Einführung einer besonderen Lohnsummensteuer, die nach dem Gehalt möglich gewesen wäre, und unter Berücksichtigung eines an sich für Wiesbaden möglichen erhöhten Satz von weiteren 50 %, so daß statt 340 % nur die vorhersehbaren 290 % zur Erhebung kommen.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß der Haushaltsplan 1937 nach den Grundrissen strenger Sparmaßnahmen aufgestellt worden ist, die jedoch nicht erlauben, die sämtlichen an sich meist berechtigten Ansprüche der einzelnen Verwaltungen zu erfüllen, sondern es müßte Abstriche gemacht werden, die an das Verantwortungsbewußtsein der Verwaltungen hohe Anforderungen stellen. Andererseits konnte die Sparmaßnahme nicht soweit gehen, lebenswichtige Forderungen abzuschneiden und die Substanz noch weiter zu gefährden, als dies in den letzten Jahren schon geschehen ist; deshalb mußten trotz des allgemeinen Verbotes der Erhöhung der Ausgaben über die 31-Ausgabe 1935 hinaus einige Beträge, so bei der Straßenunterhaltung und bei der Unterhaltung der sonstigen baulichen Anlagen um ein allerdings sehr bescheidenes Maß erhöht werden.

Die Senkung der Steuern und Tarife konnte bei der Lage der Verhältnisse leider noch nicht in Erwägung gezogen werden, zumal die Stadt Wiesbaden noch nicht im Stande ist, die den Gemeinden durch die Rücklagenordnung auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Steuern und Tarife müßten unverändert übernommen werden.

Der nach den vorhergehenden Gesichtspunkten aufgestellte Haushaltsplan für 1937 schließt ab in der

Bedarfsmäßigen Verwaltung

in Ausgabe mit	36,44 Mill. RM.
in Einnahme mit	30,17 Mill. RM.

also mit einem ungedeckten Fehl-

betrag von 6,27 Mill. RM.

Der ursprüngliche Haushaltsplan für 1936 schloß ab mit einem Fehlbetrag von 8,17 Mill. RM., der Nachtragshaushaltsplan mit einem solchen von 7,42 Mill. RM., so daß der Haushaltsplan für 1937 die Verbesserung aufweist gegen den ursprünglichen Haushaltsplan für 1936 von 1,90 Mill. RM., und gegen den Nachtragshaushalt von 1,15 Mill. RM.

Das erfreuliche Ergebnis einer

Verminderung des Fehlbezuges

gegen das Vorjahr um fast 2 Mill. RM. zeigt sowohl, daß die durch die erfolgreiche Politik des Führers herbeigeführte Gesundung Deutschlands sich nun auch auf Wiesbaden auszuwirken beginnt, und es beweist weiterhin, daß durch das Zusammenwirken aller beteiligten Stellen innerhalb und außerhalb der städtischen Verwaltung, sowie nicht zuletzt durch die dankenswerte Mitarbeit und Unterstützung von Partei und Staat das Wirtschaftsleben der Stadt Wiesbaden im Wiederaufblühen begriffen ist.

In der

Verbesserung der Haushaltslage

nimmt den wesentlichen Anteil die Steuerverwaltung mit fast 1,43 Mill. RM. Das Gesamteinkommen in 1937 wird auf 35,20 Mill. RM. geschätzt, gegen 33,75 Mill. RM. im Nachtragshaushaltsplan 1936. Die erwartete Mehreinnahme beträgt rund 10,58 %. Die Reichsüberweisungs-

steuern sind gegenüber den künftigen Steuern nur wenig angestiegen, und zwar in Auswirkung der sogenannten Maßnahmsgehalte, die die beträchtlichen Mehreinnahmen aus den Reichsteuern fast rechnerisch für den vorordentlichen Finanzbedarf des Reiches vorsehen. Das Ansteigen der Überweisungssteuern beträgt nur 2,71 %, während die selbständige Gemeindefürsorge um 12,97 % in die Höhe gegangen sind. Die Gemeindefürsorge ist angediegen um 52,91 %, die Grundsteuer um 3,92 %, die Grundbesitz- und Vermögenssteuer um 31,03 % und die anderen Steuern zusammen um 3,95 %.

Die Wohlfahrtsleistungen

(das ist der Zuschuß, den das Fürsorgeamt erfordert) sind in den letzten drei Jahren um 0,8 Mill. RM. zurückgegangen. Gegenüber dem Ausgangsbereich, der in demselben Zeitraum 4,50 Mill. RM. betrug, hat die Zahl der Wohlfahrtsleistungen sich um 12,97 % in die Höhe gegangen. Das hat seine hauptsächlichste Ursache in der von Jahr zu Jahr sich verringenden Reichswohlfahrtsbeihilfe. Von 2,50 Mill. RM. in 1933 ist die Reichswohlfahrtsbeihilfe in 1936 auf 0,5 Mill. RM. abgefallen; im Haushaltsplan für 1937 konnten nur noch 0,30 Mill. RM. eingestellt werden. Gegenüber dem Nachtragshaushaltsplan 1936 beträgt die Zuschußminderung beim Fürsorgeamt 0,112 Mill. RM. Auf die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger bezogen, ergibt sich, in von Hundertteilen ausgedrückt, für die Entlohnung in der Wohlfahrtspflege im Kalenderjahr 1936 folgendes Bild: Bei den anverwandten Wohlfahrtsunterstützten beträgt der Rückgang 21,23 %, bei der Kriegsbeschädigten- und Kriegsverwundtenfürsorge 18,50 %. Die verbleibenden Arbeitslosen sind alle unter 17 und über 60 Jahre alten und die vorher nicht in der Arbeitslosenversicherung gemeldeten arbeitsfähigen Personen der öffentlichen Fürsorge, können nur einen Rückgang um 4,19 % nachweisen, während bei den Kleinrentnern sogar nur ein solcher von 1,23 % festzustellen ist. Bei der Ergänzung der Fürsorge für Erwerbslose und bei der Fürsorge für Wohlfahrtsleistungen ist statt eines Rückganges ein leichtes Ansteigen zu verzeichnen.

Auf den Kopf der Bevölkerung bezogen, steht Wiesbaden bezüglich der Höhe der Wohlfahrtsleistungen an der Spitze aller derartigen Städte. Der Kopfbeitrag je Einwohner, der nach den Unterlagen des Statistischen Reichsamtes 13,50 RM. beträgt, ist so erheblich, daß er den der Größe nach mit Wiesbaden vergleichbaren Städte um mehr als das Doppelte übertrifft. Über den Reichsdurchschnitt, der unter 5 RM. liegt, geht der Betrag um das Dreifache hinaus.

Wie stark die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege uns noch belasten, zeigt ein Vergleich mit den Steuern, die heute noch mit 65 % durch den Fürsorgehaushalt in Anspruch genommen werden. Gegen die Zeit vor wenigen Jahren ist in diesen auch hier eine wesentliche Besserung eingetreten, da noch in 1933 fast das gesamte Steueraufkommen von den Wohlfahrtsleistungen aufgesaugt wurde.

Von den übrigen Verwaltungen weisen Verbesserungen auf: die Verkehrsbetriebe 117 000 RM., das Tiefbauamt 43 000 RM., die Kur- und Bäderverwaltung 32 000 RM., die Krankenanstalten 26 000 RM., die Schulverwaltung 25 000 RM., die Verwaltung für Landwirtschaft und Forsten 16 000 RM., und die sonstigen Verwaltungen 21 000 RM. Außerdem ist eine Verbesserung zu buchen durch Wegfall des Zuschusses für die Flughafen mit rund 46 000 RM.

Im Nachtragshaushaltsplan 1936 konnte eine einmalige Verbesserung infolge Umwandlung von rückständigen Verpflichtungen eingebracht werden. Im Haushaltsplan für 1937 tritt eine solche einmalige Verbesserung nicht ein, so daß im Vergleich mit dem Nachtragshaushaltsplan für 1936 im Haushaltsplan für 1937 kein Minderungs- oder Aufwandsvergleich der Gesamtverwaltung eine Verschlechterung in Höhe des Umwandlungsbetrages von 0,452 Mill. RM. entsteht. Abgesehen hiervon sind Verbesserungen gegenüber dem Haushaltsplan für 1936 nicht zu verzeichnen.

Die vorhergehenden Darlegungen ergeben, daß, trotzdem die Ausgaben so stark wie möglich gedrosselt und die Einnahmehöhen so weit ausgeschöpft wurden, als es die Wirtschaftslage der Wiesbadener Bevölkerung bei pflichtgemäßer Behandlung irgendwie zuläßt, die notwendigen Ausgaben die möglichen Einnahmen noch um über 6 Mill. RM. übersteigen, ein Ergebnis, das die städtische Verwaltung

Am 24. März spricht im Paulinenstädtischen Gebietsjugendvolkführer Wagner zu den Eltern der Pimpel.

immer noch nötig, die ausgleichende Hilfe des Staates zu erbitten. Man kann der Hoffnung sein, daß in absehbarer Zeit die Stände schlägt, in der auch für Wiesbaden der Haushaltsausgleich möglich sein wird. Dieser Zeitpunkt dürfte dann ganz besonders gekommen sein, wenn die Wirtschaftslage im übrigen Deutschland sich so gebessert haben wird, daß weitere Kreise der Bevölkerung Wiesbaden zu ihrem Erholungs- und Aufenthaltsort wählen werden. Ein vielversprechender Anfang für die Wahl Wiesbadens zum dauernden Aufenthaltsort ist bereits insofern gemacht, als in den letzten Jahren eine größere Anzahl wohlhabender Familien hier zugezogen ist, wodurch die Bautätigkeit stark belebt wurde. Mit dem weiteren Auf- und Ausbau des Seebadortes wird eine große Anzahl Wiesbadener Einwohner dauernde Beschäftigung und Verdienst erhalten, so daß auch hierdurch mit einem allmählichen Abbau der Wohlfahrtslasten gerechnet werden kann.

Die Stadt Wiesbaden hat zwar das erstrebte Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt wie die Mehrzahl der deutschen Städte vorlegen zu können, leider immer noch nicht erreicht, sie ist aber diesem Ziel ein beträchtliches Stück näher gekommen. Die Stadtverwaltung wird und muß auf dem vorgezeichneten Weg in jeder, oft entlassungsvoller, aber stets hoffnungsvoller Aufbaubarkeit weitergehen und ist hierbei von der besten Zukunft getrieben, daß die von der Politik des Führers gewährleistete Gesundung Deutschlands bei einmütigem Zusammenwirken aller beruflichen Stellen und Kräfte auch die Stadt Wiesbaden wieder auf den Pfad der Sonne zurückführen wird, auf den diese einzigartige Kur- und Bäderstadt durch ihre Geschichte, ihre Bodenschätze und Natur Schönheiten, ihre Lage und die Lebenskraft ihrer Bevölkerung einen unerrückbaren Anspruch hat.

Man ist gut u. preiswert im

Metropole
Wilhelmstraße 10

Dem Frühling entgegen.

Früher als im übrigen Deutschland hält der Frühling in dem Weltkurort zwischen Taunus und Rhein seinen Einzug. Schon um die Mittagszeit fluten Schneeglocken und Krokusse in allen Farben ihre Köpfe der Sonne entgegen. Beim Wandern durch die gepflegten Anlagen, die die Stadt in allen Himmelsrichtungen umfassen, grünen die Büsche, zeigen die Gebüsche ihr erstes frisches Grün und die Bäume ihre ersten Knospen. Die weiche Luft umschmeichelt den Fußgänger, der hier — fern vom großstädtischen Verkehr der Innenstadt — über die Neumündung der Natur nachdenken kann. Man hört so oft die Meinung: Wiesbaden ist zu sehr Großstadt, als daß es Badeort sein könnte. Diese Ansicht ist nur bedingt richtig. Gewiß ist Wiesbaden eine Stätte mit all dem Leben und Treiben einer modernen Großstadt, die sich nur allein durch ihre Eleganz auszeichnet, aber bei allem großstädtischen Getriebe im eigentlichen Kurort die Geruchlichkeit des Kurortes nicht vermissen läßt. Wer über die großstädtische Angelegenheit Wilhelmstraße, der Brunnenstraße Wiesbadens, wie sie oft genannt wird, schlendert, der erlebt sich wohl in einer großstädtischen Geschäftsstraße.



Färberei Walkmühle
CHEMISCHE REINIGUNG

mit Läden, Gaststätten und Cafés, aber nur ein paar Schritte weiter, und er kann auf der Kurpromenade Befannde begrüßen und noch ein paar Schritte und der Kurpark mit dem monumentalen Kurhaus im Mittelpunkt bringt Ruhe und Erholung für abgespannte Nerven.



Der flotte, modische 3/4 lange Swager in frischer, ganz auf elegantem Maroccan-Futter für

21.50

Zum Kostüm zum Complet die feschste Bluse in allen Ausführungen und Preislagen

Durchgehend goldf. gest.

Gibbrich
WIESBADEN
LANGASSE ECKE MARKTSTRASSE

Vergleichen Sie mit Ihrem Loß!

Nr. 271 935 gewinnt 2 Millionen

Wieder einmal ist die Entscheidung gefallen: wer in der Staatslotterie mißglückt, kann jetzt prüfen, ob er zu den glücklichen Gewinnern des „Großen Loses“ gehört — schon ein Unstüßlos brachte dann bare 100 000.— Reichsmark — oder ob ihm einer der anderen 342 998 Gewinne zuzufallen. In fast jedem zweiten Fall wird es nach dieser Prüfung ein frohes Gesicht geben — fast jedes zweite Loß gewinnt!

Am 23. April beginnt die Ziehung der 1. Klasse der

49. Preussisch-Süddeutschen (275. Preussischen) Klassenlotterie. Wieder werden in 5 Klassen 343 000 Gewinne auf 800 000 Lose ausgespielt. Die Gesamtsumme aller Gewinne beträgt 67 660 180.— Reichsmark. Die Ge-

Die neue Lotterie beginnt! Wer lei

(Kaufung aus dem amtlichen)
2 Gewinne zu je 1 000 000.— RM. 2 Gewinne zu je 500 000.— RM. 2 Gewinne zu je 300 000.— RM. 2 Gewinne zu je 100 000.— RM. 2 Gewinne zu je 50 000.— RM. 2 Gewinne zu je 25 000.— RM.

Der Präsident der Preussischen

Wiesbaden-Dotzheim.

Eine Osterfeier wurde gestern am heiligen Freitag die Kinder der Kleinkindergasse an der Kaiserstr. zu bereiten. Mit ihr ist schon die Osterferien begonnen, brachte der Osterhase für jedes der Kleinen einige bunte Osterer, die viel Freude auslösten, zumal diese in ihrem Versteck erst gefunden werden mußten. Mit schönen Osterliedern und kleinen Fortgehrten schloß die fröhliche Stunde ab.

Öffentliche Rede. Die Ortsgruppe des A.D.A. hat für heute Samstagabend, 20.30 Uhr, im „Turnerheim“ eine große öffentliche Versammlung angelegt, in welcher ein bekannter Gaudreiter sprechen wird.

Fußplad für Fahrzeuche gelperrt. Der viel befahrene, für Fahrzeuche jedoch nicht geeignete Fußplad der noch nicht vollständig ausgebauten Schönbergrake, ist durch Andringung von Verbotstafeln für alle Fahrzeuge vollständig gelperrt. An beiden Enden und in der Mitte des Plades hat man Sperrpfosten angebracht. Mit welchem Verbot dürfte einem berechtigten Wunsch der Bewohner der Schönbergrake und des Hofgutes Schönbergr Rechnung getragen sein.

Landwirtschaftliche Verteilungsstelle verlegt. Die Verteilungsstelle der Spar- und Darlehenskasse W. Dohse wurde von Ludwigstraße 3 nach Obergasse 22 (Wilhelm Haberstadt) verlegt.

Musik- und Vortragsabende.

*) Mittelalterliche Auseinandersetzungen zwischen weltlicher und kirchlicher Macht. In dem Fortgang des Markers Dr. Wagners Kessel ist bereits die ausschließliche Herrschaft der weltlichen und Gerichtsbarkeit handelte es sich nicht um die großen Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Staat, die durch die Kämpfe der Kaiser und der Päpste dargestellt werden, sondern um einen kleinen Ausschnitt aus jenem Ringen auf dem engbegrenzten Gebiete des ehemaligen Oberrhein- und Niederlahngau, der mit den Grafschaften Ober- und Niederlahngau identisch war. Buchstäblich wurde in diesem Kampfe kein Haus und kein Hof unberührt gelassen. Der erste Vorstoß erfolgte von kirchlicher Seite seit etwa dem 10. Jahrhundert. In den letzten Jahren erwarben nach und nach folgende kirchlichen Mächte Grund, Hof und damit auch die grundherrlichen Rechte und die kleine Gerichtsbarkeit: Kloster Fulda, Kloster Sankt Maximin in Trier, das Domstift Worms (dieses hatte sogar alle Hoheitsrechte), das Geizenstift in Limburg, das Stift St. Eusebius in Trier. Dieser Zustand dauerte bis im 8., 9. und 10. Jahrhundert, wo die geistliche Machtpotenz die Gewalt der alten Grafschaften zu zertrümmern suchte. Aber nun erfolgte im 11. und 12. Jahrhundert der Gegenstoß von der weltlichen Seite. Zu dieser Zeit trat in dem Vordringen der kirchlichen Macht dadurch ein Gegenstoß ein, daß die weltliche Macht bestrebt war, sich gegen die in den Städten der kirchlichen Grundherrschaft eigene Gerichte zu erheben. Auch mehr Erfolg hatte der Kampf der weltlichen Mächte gegen die geistlichen Grundherren. Sie wehrten sich gegen die ihnen zugetheilte abhängige Stellung und es gelang ihnen, im 11. und 12. Jahrhundert ihre Stellungen den Grundherren gegenüber zu befestigen, ihre untergeordneten Beamtenverhältnisse abzuschütteln, ihre Besitztümer zu veräußern, vielfach das geistliche Eigentum in den eigenen Besitz zu drängen oder das geistliche Eigentum ganz zu veräußern. In Folge dieses Vorgehens, der somit erfolgte, daß auch die Lehnsmannschaft ertrinkt wurde und sogar für die weltlichen Seitenlinien erstirbt werden konnte. Der Vorgang, den Wagners Plan im einzelnen belegte und an Hand von eigens angefertigten Karten zu verdeutlichen wußte, reicht sich in jene kirchlichen Vertriebs- und Veräußerungsbestrebungen des Jahrhunderts ein, die durch Namen wie die Cluniacens, Franz von Assisi, Bernhard von Clairvaux auf kirchlicher Seite wie verlor und seinem Streben nach größerer Macht, wie er etwa im 11. Jahrhundert die weltliche Macht gelunghat, hat die weltliche Seite des Glaubens handelte sich also, sondern um ein Emporbringen des elementaren Instinktes, daß die weltliche und bantliche Führung den weltlichen Mächten gehörte. Dr. H. K.

Wiesbadener Lichtspiele.

* **Walhalla-Theater.** Die von dem englischen Schriftsteller Conan Doyle erfundene Gestalt des Weltberühmtesten Sherlock Holmes ist selbständig geworden, und unter ihnen mannigfachen Aenderungen hatte die rätselhafteste Geschichte um den Detektiv der Baker Street ihren wohl den besten Platz im Ribbelball. Ein Stoff, der immer wieder aufstrebend Spannung löbt, erzeugt jederzeit schon im Stummfilm durchschlagenden Erfolg, jene Wirkung, wozu sich im Tonfilm noch vertiefen. Sherlock Holmes übernimmt den Kriminalfall, — räumt in seiner klaren Logik schnell mit einem Geheißermärchen auf und enttast ganz reale Spuren des Verbrechens. Unverändert aber bleibt die Spannung, wer nun eigentlich der Schuldige ist; denn seltsame Menschen treten auf, alle scheinen etwas zu verbergen. Der Regisseur Carl Lamac verknüpft geschickt im Sinn Conan Doyles die Fäden der Ereignisse, läßt die Lösung sich klar und folgerichtig entwickeln, er ist ständig die Stimmungsmittel des genialsten aller Schloßer. Das vornehm würdige Friedrich Rankher, der lebenswichtig frische Peter Bosa und die Vertreter der Baselerrolle, Alice Brandt ist gleicherweise von Anmut und Geheimnis umwittert, Kostüme gibt einen jovial-spöttischen Art. Konte einen strahlenden, frauenfeindlichen Sonderling Fritz Rasz einen Diener, der wie das böse Gemelli durch die Räume schleicht. In Bruno Gättner feiert der alte Sherlock Holmes geradezu porträtiert Aufwertung, sein treuer Gefährte Dr. Watson ist Fritz Odemar. — Ein guter Kulturfilm, des Beiprogramms führt ins Land der Vorurteile und weist weiter auf die Überbedeutung samandigen Lebens. Eine kleine, in die deutschen Kabinen der Schorriede. Auf der Bühne bewährt sich der amerikanische Meisterin tünischer Afrostatit, ein gescheiterdet Anmut und einer aus Phantasie grenzenlos Körperbeherrschung. Heinrich Leis.

Aus dem Vereinsleben.

* Der Reichsbund der deutschen Schwer-
hörigen (R. S.), Ortsgruppe Wiesbaden, veranstaltete
am Donnerstag den 27. November d. J. im Saal des
Kaufhausmaler Sch. B. H. ein
Vortrags- und Kassen-Tier sprach und kündet über die vielfachen
Aufgaben des Reichsbundes und hielt einen ausführenden
Vortrag über das Wesen der Schwerhörigkeit, die
immer noch häufig mit der Taubstummheit gleichgesetzt
wird. Die anwesenden Behördenvertreter, Kaufhausmaster
Joas, Amtmann Böcher (Arbeitsamt), Geschäftsführer Dornack
von der Kreisleitung der R. S., Wiesbaden, ergänzten
den Vortrag des Redners und verpackten ihrerseits
alle mögliche Hilfe für die Schwerhörigen, deren wertvolle
Rolle nun gewürdigt wird und durch Mittel reichlich
ausgebeutert werden kann.

Bekanntmachungen.

Sport mit NSG. „Kraft durch Freude“.

Reitfurie.

Nach den Osterfeiertagen beginnen in der Schloßreithalle die nächsten „RdG“-Reittur, und alle Interessenten werden gebeten, sich am 22. März, abends 2 Uhr, im Hotel „Union“, Neugasse 7, zu einer Vorgesprächung einzufinden. Bei günstiger Witterung ist mit einer baldigen Verlegung der Kurie auf den Reitsplatz „Unter den Eichen“ zu rechnen.

Ministerpräsident Göring an das Landvolk.

Am Dienstag, 23. März, 20 Uhr, spricht Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring über alle deutschen Sender zum deutschen Landvolk. Wie die große Rede Görings auf dem Reichsbauerntag in Goslar, werden auch diese Ausführungen des Beauftragten des Führers für die Vierjahresplanung wegwirkend für die Aufgaben des Landvolkes in der nächsten Zukunft sein. Alle Volksgenossen in Stadt und Land haben in Erwartung dieses Ereignisses.

Der Gauleiter in der Gau-Schulungsburg.

Frankfurt a. M., 19. März. Zur Begründung der in der Schulgaulungsbezirk Hefen-Wallau zur gemeinsamen Gauamtsleiter- und Kreisleiter (Land) Gauleiter (Land) Sprengers am Freitagmorgen über das Grundprinzip nationalsozialistischen Denkens: die unbedingte Kameradschaft. Zu der anschließenden Rede über „Wege und Mittel der Heimbesetzung für die G.S. in Hefen-Wallau“ waren auch die Landräte und Bürgermeister zugegen. Sonderreferate über die Arbeitsgebiete der Gauamtsleiter und Kreisleiter beschloßen die Tagung.

„Baldur-von-Ehrach-Lager.“

= Frankfurt a. M., 19. März. Außer den Bann- und Jungboozeltlagern errichtet das Gebiet Hessen-Nassau der Hitlerjugend in diesem Jahre zum ersten Male ein großes Gebietszeltlager, das in 14tägigen Lehrgängen vom 20. Juni bis 28. August Jungvolk und HJ. erfaßt.

Der Spielplan der Woche.

	Deutsches Theater	Reizend-Theater	Kurhaus
Donnerst. 21. März	18.30 bis geg. 22.30 "Zambrak". Stamm. G. 25. St.	20 bis gegen 22.15 "Günther auf Erden".	11.30 Früh-Rangert am Nordbrunnen. 16 u. 20 Rangert.
Freitag. 22. März	20 bis gegen 22.30 "Vatermann (kürzt nach Wieders)". Stamm. R. 25. St.	20 bis gegen 22.15 Zum ersten Male: "Eintritt frei". (Kann ich in der Heiligen Gasse). Schloßspiel in 3 Akten von F. Schen und D. Sommer.	11 Schloßl.-Rang. am Nordbrunnen. 16 Freiluftangert.
Samstag. 23. März	20 bis gegen 22.15 "Niedlich". Stamm. A. 25. St.	20 bis gegen 22.30 Schloßspiel: Hilde Hildebrand in der "Heldenreise". Schloßspiel in 3 Akten von H. Zien.	11 Schloßl.-Rang. am Nordbrunnen. 16 Raffer-Rangert. 20 im R. Saale: H. Zienler bringt über sein Werk: "Trilogia sacra".
Montag. 24. März	20 bis 22.15 "De Tronstas". Stamm. D. 25. St.	20 bis gegen 22.30 Schloßspiel: Hilde Hildebrand. "Hedda Gabler".	11 Schloßl.-Rang. am Nordbrunnen. 20 Rangert
Donnerst. 25. März	19.30 bis geg. 22.30 "Wachter". Außer Stammecke.	20 bis gegen 22.30 Schloßspiel: Hilde Hildebrand. "Hedda Gabler".	16 und 20: Schloßl. u. "Ständende des Wiesendebener (Sponsendeckelungen) Reinverzeits mangelten.
Freitag. 26. März	17 bis gegen 22 "Wachtel". Stamm. G. 25. St.	Schloßspiel.	19.30 u. geg. 22.15 Sonder-Rangert (Robert Schöller "Die Loga Lora") Usp. Karl Schmitt.
Samstag. 27. März	20 bis 22.15 "Kriegsrufer". (Kammerkeller Kammerkeller, G. Sch.). Stamm. F. 25. St.	20 bis gegen 22.15 "Die drei Günstlinge".	11 Schloßl.-Rang. am Nordbrunnen. 16 u. 20 Rangert.
Donnerst. 29. März	17 bis 22 "Wachtel". Außer Stammecke.	20 bis gegen 22.15 "Eintritt frei".	11.30 Früh-Rangert am Nordbrunnen. 16 Rangert. 20 Sonders-Rangert
Freitag. 30. März	19.30 bis geg. 22.15 "Wachtel". Außer Stammecke.	19.30 bis gegen 16 "Eintritt frei". 20 bis gegen 22.15 "Die drei Günstlinge".	11.30 Früh-Rangert am Nordbrunnen. 16 Rangert. 20 R.-Wagner-Rangert.

Auswärtige Bühnen.

* **Meiniger Stadttheater.** (Wochenplan.) Sonntag, 21. März, 18.00: „Die Wehrhinger von Nürnberg“. Montag, 22. März, 20.00: „Frieder in Havanna“. Dienstag, 23. März, 20.00: „Die Hiedermaus“. Mittwoch, 24. März: Tanzabend. 1. Don Juan, Ballett von Chr. W. Glud; 2. Scherzschade, von Nikolaj A. Rimski-Korsakoff. Donnerstag, 25. März, 20.00: „Frieder in Havanna“. Freitag, 26. März, 20.00: „Die Hiedermaus“. Samstag, 27. März, 20.00 (gesp. 19.00): „Die Hiedermaus“. Sonntag, 28. März, 18.00: „Die Wehrhinger von Nürnberg“.

Wasserstand des Rheins

am 20. März 1937			
Biebrich: Wege:	2,36	m	gegen 2,50 m gelte
Bingen:	2,65	"	2,73 " "
Wiesing:	1,66	"	1,73 " "
Raub:	3,09	"	3,19 " "
Söln:	4,13	"	4,47 " "

Die heutige Ausgabe umfaßt 28 Seiten
und „Das Unterhaltungsblatt“ sowie die Beilage
„Der Sonntag“.



Denken Sie rechtzeitig an neue Frühjahrs-Kleidung! Denken Sie an die große modische Auswahl — denken Sie an die vorteilhaften Preise des großen Spezialhauses Gibbrich!



Das frische
Frühjahrs-
Kostüm in
englisch
gemustert.
Noppen, die
Jacke auf
Kunstseide
gefüllt.



Der flotte, modische 3/4 lange Swagger in Fischgrat, ganz auf elegantem Marocain-Futter für

21⁵⁰

zum Kostüm
zum Complet
die
fesche Bluse
in allen
Ausführungen
und Preislagen

Durchgehende
geöffnet.

Gibbrich & Co.
WIESBADEN
LANGGASSE ECKE MARKTSTRASSE

Riesengroß ist unsere Auswahl

In Radio-Apparaten aller führenden Fabrikate vom Volksempfänger über den eleganten Großsuper bis zum luxuriösen Musikschrank mit Radio-Einbau. Wir beraten Sie richtig, deshalb kommen Sie zu

A. L. ERNST

Taunusstraße 13 und Rheinstraße 41 • Reparaturen — Antennenbau
Das große Fachgeschäft für Radio und Musik

Städt. Musikhochschule Mainz

Direktor Heinz Berthold

Beginn des Sommersemesters: 1. Mai 1937

Ausbildung in allen Zweigen der Musik für Berufsmusiker und Laien

Staatl. Seminare für Musiklehrer, rhythmische Erziehung und für Chorleiter, Evangelische und Katholische Kirchenmusik, Schulmusikseminar, Opern- und Opernchorschule.

Orchester- u. Militärmusikfachschole

Beratung, Auskunft, Prospekt und Anmeldung:

Mittlere Bleiche 40 (Ruf 40111 Nebenstelle 692)

werktätlich 9—12, 15—18 Uhr

Ostern

„Kamerad“-Füllhalter**KOCH AM ECK****Schokoladenhaus Müller**

Friedrichstraße 47, a. d. Kirchgasse

finden Sie eine Riesenauswahl feinsten Dessert-Eier, wundervoller Präsant-Eier mit Pralinen, preiswerter Osterhasen u. -Päckchen. Gute Bedienung mit nur Markenware!

Marken Sie bitte: Friedrichstraße 47.

Bettläufer

Schlaf- u. Bettläufer

Modernes Bild-

Schlafzimmer

250 RM

weilgeleitetes

Schlafzimmer

75 RM

Kleiderbügel

u. Hängerbügel

Schwarz

Walramstraße 5

**Herrenzimmer****Darmstadt**

Frankenstraße 25

Ehedarlehen

**Bettfedern.****Daunen-Inletts**

sind begehrte

Oster-

Geschenke

Größe Auswahl

Möbel-**Jhle**

Ecke Gold-

und Hängergasse

Teppiche

Läufer, Bettum-

stepp, Daunend.

Gard. Dekor.

10 Monstr. Unver-

Angel. Teppichlag.

Schlüter Bonn 22

Teppiche

Läufer, Bettum-

stepp, Daunend.

Gard. Dekor.

10 Monstr. Unver-

Angel. Teppichlag.

Schlüter Bonn 22

Teppiche

Läufer, Bettum-

stepp, Daunend.

Gard. Dekor.

10 Monstr. Unver-

Angel. Teppichlag.

Schlüter Bonn 22

Mod. Eich.**Diplomat**

mit Sessel.

Schlösser.

Armaturen.

er. Ans. Einzel-

möbel bill. zu

verlaufen.

Schmidt,

Gelsenbeils-

tühle.

Schwalbacher

Straße 57.

Altenvertrachtung

Neus und gebrachte

Flügel - Pianinos

Harmoniums

- Kant - Miete

- Stimm. Repar.

A. L. ERNST

Taunusstr. 13

u. Rheinstr. 41

Klavier 75 RM.

2. Klavierarmat.

(neu). Couche 25

Grammophone.

vch. v. Holland.

Sedantstraße 5.

Wei-**fuchs**

im Auftrag

preisw. zu verf.

5. Band.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

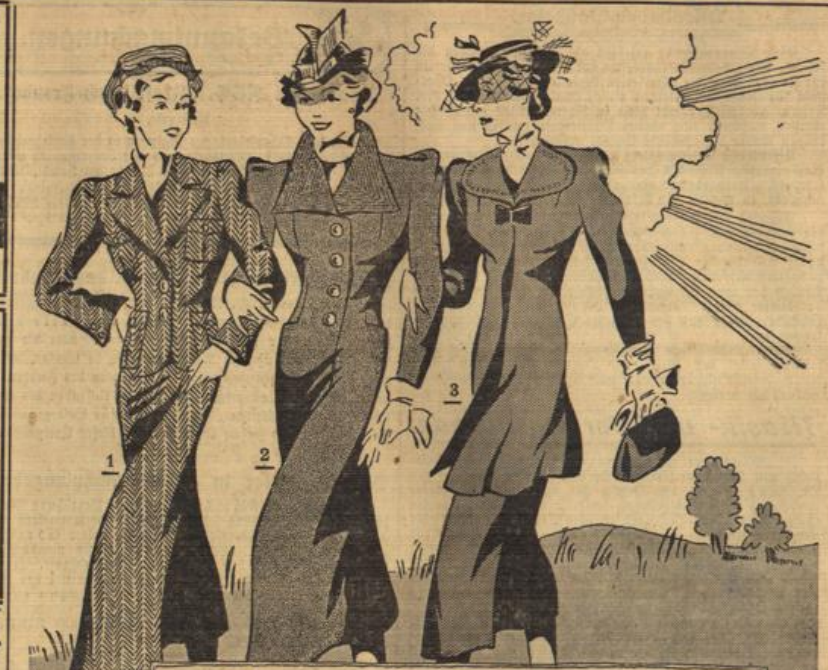
Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

Küchenmisch-

Rührer.

**Was man im Frühling trägt!****Rock-Complet** (wie Bild 3)

jugendliche Form

aus einfarbigem

Bouclé, ganz

auf Kunstseide

gefüttert.

28⁷⁵**Jackenkleid** (wie Bild 1)

Sportform mit neu-

artig-Faltenrücken,

Stoff in Fischgrat-

muster, auf Maroc

gefüttert.

39⁷⁵**Frühjahrmantel** (wie Bild 2)

aus Shetland, mod.

Mittelschlusform,

Revers u. Taschen

m. Steppverzierung

auf Marocgefüttert

49.-

Große Auswahl auch für starke Damen!

KRÜGER & BRANDT

WIESBADEN - KIRCHGASSE 37-41

ADLER

Favorit

Adler

Qualität

und koste!

nur 135 RM

einschl. Koffer

Werks-Vorrichtung

Schneid- u. Wahl

Spezial-

Reparaturwerkstätte

Langgasse 8

Ruf 27354

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Beladung

Elen, Selbstfahr.

Mikros

Tage u. Stund.

Maurer

u. Hermann

Wormstraße 50.

Tel. 25584

Privat

Rechtsanwälte

Herrmann, Sch-

mann & Serpieri.

Tilmannstraße.

Silber, Glas.

Borsellon

Lana u. billiger

Gewebe, gefärbt

werden. Koffer

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Koffer u. Koffer.

Gemälderahmen**Bildereinnahmung****K. Schlapp**

Wellenstr. 13 neben der Apotheke

Klein Laden

Niedrige Preise

Zurück.**Dr. H. Kirchner****Zurück!****Dr. Maentel**

An der Ringkirche 10

Zum Osterfest

Dessert und Geschenk-Eier**Osterhasen**

in großer Auswahl

Haus zum süßen Onkel

nur Kirchgasse 11

Schneiderin

f. n. Tage frei.

Tag 3. u. 4. u. 5.

im T. Berl. 10

VERL. SCHNEIDERIN

(Weiterin)

fertigt

alle Arbeiten

bei bill. Preisen.

Ans. u. 2. 530

an Tagbl. Berl.

W. Bender

Blücherstraße 16.

Einzelne Anstünfte

von über 10.

Anstünfte - Kassen

Bahnhofstr. 28. Tel. 24180.

Ostern

„Garant“-Kolbenfüller

14 kor. Goldfeder, 6.-

KOCH AM ECK

Wird den Verwandten und Freunden durch eine schön gedruckte Verlobungskarte mitgeteilt. Eine Auswahl schöner, geschmackvoller Karten findet man in der L. Schellenberg'schen Hofbuchdruckerei. • Wer sich Ostern verlobt, tut gut, jetzt schon die Verlobungskarten bei uns zu bestellen. Je früher die Bestellung vorliegt, um so sorgfältiger kann die Druckausführung erfolgen.

L. Schellenberg'sche Hofbuchdruckerei

Wiesbadener Tagblatt - Langgasse 21 - Tel. 59631

Ostern

„Soennecken“-Füllhalter

10.-, Kolbenfüller

KOCH AM ECK